

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-TIROLER ETSCHLAND

II. LEGISLATURA
II. LEGISLATURPERIODE

SEDUTA 76 ^a/_{te} SITZUNG

16 - 12 - 1954

INDICE - INHALTSANGABE

Bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1955
(Discussione generale)

Bilanzvoranschlag für das Finanzjahr 1955
(Generaldebatte)



PRESIDENTE: dott. Silvius Magnago
VICEPRESIDENTE: avv. Riccardo Rosa

(ore 9.20)

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

PRUNER (Segretario, P.P.T.T.): (Fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale.

PRUNER (Segretario, P.P.T.T.): (legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Il verbale è approvato.

NARDIN (P.C.I.): Signor Presidente, dal momento che si fa cenno nel processo verbale dell'incidente sorto tra me e un consigliere di altra parte, gradirei che fosse anche specificata la causa di questo incidente, cioè fossero riportate le mie affermazioni sul problema dell'Alto Adige, su quel fatto storico che ha provocato in questa aula la scomposta reazione del cons. avv. Mitolo. Non so se Lei vorrà modificare il verbale in questo senso, comunque vorrei anche chiedere, se possibile, di allegare al processo verbale una copia del Bollettino del centro informazioni della D.C., che riporta in data 1-3-1953 il discorso di Alcide Degasperì tenuto a Trento, ove ebbe a soffermarsi in modo chiaro ed esplicito proprio sul problema dell'opera fascista e dell'Alto Adige, per il fatto storico a cui ieri mi sono riferito nel denunciare la responsabilità fascista di ieri e di oggi nell'aver consegnato l'Alto Adige, oltre che l'Italia, mani e piedi legati, ai nazisti di Hitler. Vorrei che venisse allegato questo documento perchè credo che così si mettono le cose un po' a posto. Infatti c'è qualche consigliere che ieri ha espresso il suo scetticismo circa le mie affermazioni e pensa quel consigliere che queste dichiarazioni da parte mia siano state avventate. Il discorso di Degasperì, tenuto nel 1953, riportato ampiamente in questi giornali, mette, credo, a questo riguardo le cose a posto. Queste sono le mie richieste.

PRESIDENTE: Dico subito che la sua richiesta di inserire nel verbale quanto ha osservato può essere accolta, ma la seconda richiesta no; il discorso di Degasperì non può essere inserito nel verbale...

NARDIN (P.C.I.): Allegato!

PRESIDENTE: Non vedo come e perchè si deva allegarlo, non c'entra affatto con questo verbale.

NARDIN (P.C.I.): Allora posso leggere il passo a cui mi sono riferito ieri, e ciò per dimostrare che le mie asserzioni non erano del tutto avventate?

PRESIDENTE: Non può leggere questo! Lei può fare osservazioni sul verbale e dire che ha detto questo e questo, oppure che il verbale non ha riportato questo o quest'altro, ma non può rifare il discorso di ieri.

NARDIN (P.C.I.): Non insisto, troveremo ancora la maniera di far aprire meglio le orecchie a quelli del M.S.I. ed anche a qualche altro consigliere!... La prego tuttavia di chiarire meglio quell'episodio.

PRESIDENTE: La sua frase « *i fascisti hanno venduto l'Alto Adige ai nazisti* » verrà inserita, perchè effettivamente è stata detta, ma non posso far riferimenti al discorso di Degasperì, nè posso permettere che lei adesso legga questo discorso.

Chi chiede ancora la parola sul processo verbale? Nessuno; con la inserzione chiesta dal cons. Nardin, il verbale viene approvato.

E' stata presentata un'interrogazione a firma di Vinante, sulle disposizioni restrittive emanate dal Ministero dell'Agricoltura e foreste per l'applicazione della legge sulla montagna.

Riprende la discussione generale sul bilancio di previsione 1955. La parola al consigliere Pupp.

PUPP (S. V. P.): Ich habe mit Genugtuung die Politik des Regionalausschusses, mit einem Darlehen für die verschiedensten, dringendsten Bedürfnisse und zur Lösung der verschiedenen dringenden Probleme der Region beizutragen, zur

Kenntnis genommen. Ich will damit nicht etwa dem Schuldenmachen einer öffentlichen Verwaltung ein Lob singen, sondern ich will feststellen, dass es ohne weiteres auch im Sinne einer wirklich vernünftigen Verwaltung mitgehört, dass man auch hin und wieder mit einem Darlehen zu Hilfe kommt, dort wo die normalen Mittel nicht hinreichen. Vor Allem ist es begrüssenswert, dass die Verwendung der hiefür aufgenommenen Mittel besonders gut durchdacht und studiert wurde. Es sind da Mittel für die Landwirtschaft, für den Wohnungsbau und für den Strassenbau zur Verfügung gestellt worden und diese Initiativen sind bestimmt jene, die an erster Stelle in unserer Region Berücksichtigung verdienen. Das Gesetz 11 ist meiner Meinung nach eines der besten Gesetze, das die Region erlassen hat, nicht nur, weil es durch seine Beihilfen eine grosse Allgemeinheit fördert und nicht einzelnen Personen Unterstützungen gibt, sondern vor Allem deswegen, weil es das Genossenschaftswesen fördert. Dieses Genossenschaftswesen kann nie genug gefördert werden, nicht bloss deswegen, weil es die einzelnen Genossenschaftsmitglieder erzieht, sondern vor Allem weil es der einzige Garant ist, der uns unsere Wirtschaft über alle möglichen Krisen hinwegsetzt; daher bedeutet eben eine Stützung und Förderung des Genossenschaftswesens eine Stützung und Hebung des gesamten Wirtschaftspotentials unserer Region.

Die Förderung des Wohnhausbaues ist ebenfalls äusserst begrüssenswert. Es erübrigen sich hier alle weiteren Worte, Daten und Statistiken, die hier in diesem Jahr schon genug vorgebracht worden sind; hinzufügen möchte ich nur eines: dass die Provinz Bozen ein anderes Wohnbaugesetz besitzt, als die Provinz Trient. Wir haben mit unserem Wohnbaugesetz sehr gute Erfahrungen gemacht. Es ist sehr stark in Anspruch genommen worden, und zwar so in Anspruch genommen worden, dass wir bereits alle Regionalquoten eskontieren haben müssen, um die bisherigen Anfragen zu bewältigen. Viel mehr Anfragen sind noch da, Anfragen die bei Weitem die vorhandenen Mittel übersteigen. Wir in der Provinz Bozen legen natürlich Wert darauf, Wohnraum zu schaffen, aber vor Allem legen wir auch besonderen Wert darauf, dass möglichst vielen die Gelegenheit geboten werde, sich ein Eigenheim, sich einen eigenen Besitz zu schaffen. Das ist vom sozialen Standpunkt aus von ungeheuer wichtiger Bedeutung. Unser Wohnbaugesetz bringt ferner den einzelnen Menschen zum Sparen. Nur derjenige, der im Stande ist, sich irgend etwas zu ersparen, kann mit unserem Wohnbaugesetz bauen. Derjenige, der gar

nichts hat, kann eben auch mit dem Wohnbaugesetz der Provinz nichts tun. Dazu sind eben dann die Gemeinden oder der Staat da, die demjenigen helfen können, der überhaupt nichts besitzt.

Nicht weniger aner kennenswert ist die Zurverfügungstellung von 200 Millionen für den Strassenbau der Provinzen. Natürlich kann ich mit der in der Provinz Bozen vorgeschlagenen Lösung in keiner Art und Weise einverstanden sein, dass die normalen Mittel, die die Provinz Bozen für den Strassenbau zur Verfügung gestellt hätte, nun dem Assessorat entzogen werden und dann denselben lediglich diese von der Region zur Verfügung gestellten 200 Millionen zur Verfügung stehen. Wir haben in der Provinz Bozen viele Probleme auf dem Gebiete des Strassenbaues zu lösen. Von unmittelbarer dringender Wichtigkeit ist die Neuherstellung der Sarntalerstrasse, die Völs-Seiserstrasse, dann die Verlängerung der Gadentalstrasse und die Ahrntalstrasse. Das sind Probleme die nicht in die Zukunft hinausgeschoben werden können. Man kann wohl einwenden, dass man jedes Jahr etwas machen kann, aber was heute gemacht wird, dient morgen bereits dem Vorteil der dort wohnenden Bevölkerung und wenn wir nicht zum Schaden dieser Bevölkerung arbeiten wollen, dann müssen wir diese Arbeiten sofort in Angriff nehmen, auch mit Aufnahme von Darlehen, wenn es notwendig sein sollte.

Das ist das, was ich Lobenswertes hervorzuheben habe über die Verwendung der Darlehen.

Recht stiefmütterlich behandelt erscheint mir das Assessorat für Fremdenverkehr bei dieser Verteilung der Gelder zu sein. Es ist absolut notwendig und begrüssenswert, dass der Beitrag für die verschiedenen Vereine, wie Alpenverein und CAI, eine Erhöhung erfahre. Die Arbeiten für die verschiedenen Schutzhütten für die nächsten Jahre sind unbedingt notwendig und können mit den dort vorgesehenen Mitteln von 10 Millionen unter keiner Art und Weise in Angriff genommen werden und gerade diese Vereine verdienen in ganz besonderer Art und Weise eine Hebung und Stützung. Es sind dies Vereine, die wirklich auf rein ideeller Basis arbeiten: sie erschliessen ja nur die Schönheit unserer Bergheimat und unserer Bergwelt. Ich würde daher dem Herrn Assessor ans Herz legen alles zu versuchen, um den Fond für dieses Gesetz zu erhöhen. Warum soll man nicht einige Millionen mehr Darlehen aufnehmen und auch diesen Sektor befriedigen. Ob man jetzt 50 Millionen mehr Darlehen aufnimmt oder nicht, das spielt schon wirklich keine Rolle mehr und ich wäre wirklich dafür, vor Allem das Gesetz N. 20, welches für die kleinen Gastgewerbe vorgesehen ist,

mit neuen Mitteln zu versehen. Ich erachte es für ungerecht, wenn nur gewissen Zentren die Möglichkeit gegeben wird, ihre touristische Ausrüstung zu vergrössern und zu verbessern. Es gibt viele Gaststätten und viele Dörfer in unserer Heimat, die vom touristischem Standpunkt aus genau so viel bieten können wie andere, die aber entweder aus Mangel an Zufahrtsstrassen oder aber aus Mangel an dementsprechenden Gastlokalen eben die Fremden nicht beherbergen können. Daher würde ich den Assessor und den Regionalausschuss bitten, wenn möglich für dieses Gesetz 20 eine entsprechende Erhöhung vorsehen zu wollen. Es liegen genug Gesuche beim Assessorat, welche nicht behandelt werden konnten und es würden noch weitere Gesuche eingereicht werden, wenn irgend eine Aussicht vorhanden wäre, einmal befriedigt zu werden.

Es ist gestern gesagt worden, dass mit der Politik der Zuschüsse an Einzelne mehr und mehr aufgehört werden solle. Im Prinzip mag dies ja richtig sein, jedoch wenn wir zurückdenken an das Gesetz 20 und 21, dann muss festgestellt werden, dass gerade mit diesen Gesetzen in unserer Region viele Initiativen durchgeführt worden sind, die sonst nie durchgeführt worden wären und dass daher auf diesem Gebiete natürlich auch das Wirtschaftspotential wesentlich gehoben wurde. Ich möchte jedoch diesbezüglich nicht versäumen, den Herrn Assessor darauf hinzuweisen, dass vielleicht eine bessere Regelung oder eine bessere Verteilung dieser Zuschüsse studiert werden sollte und zwar dahingehend, dass für gewisse Täler in denen das Gesetz N. 11 oder das Berechnungsgesetz nicht zur Anwendung haben können — sei es weil die Genossenschaften fehlen oder sei es weil überhaupt eine Berechnung nicht notwendig ist — in bevorzugter Art und Weise das Gesetz 20 und 21 in Anwendung gebracht werden soll. Ich erinnere da an die verschiedenen Seitentäler, die wir bei uns haben, wo das Genossenschaftswesen bis heute noch nicht erschlossen ist und wo Berechnungen fehlen; gerade für diese Täler sollten diese zwei Gesetze ganz besonders Anwendung finden. Es mag wohl das Berggesetz hier einige Abhilfe geschaffen haben, aber ich glaube auch, dass die Region die Verpflichtung hat, ihre Mittel gleichmässig und mit Gerechtigkeit zu verteilen und somit besonders auch in diese Seitentäler.

Es ist gestern auch über die Verhältnisse beim Staatsbauamt gesprochen worden. Auch ich habe feststellen können, dass nicht alles so funktioniert, wie es funktionieren sollte und ich begrüsse es, wenn in nächster Zeit die Region die ihr zuständigen Kompetenzen vom Genio Civile auch vom

Provveditorato alle Opere Pubbliche übernimmt. Ich habe feststellen können, dass erstens dort äusserst langsam gearbeitet wird und dass die verschiedenen Gemeinden und Provinzen monatelang auf die Erleidigung ihrer Gesuche warten müssen. Ich habe ferner den Werdegang eines Gesuches einer Gemeinde mitgemacht, das vom Provveditorato per le Opere Pubbliche aus irgend einem Grunde abgelehnt wurde. Es wurden Verbesserungen vorgeschlagen: das Gesuch ging an die Gemeinde zurück und die Verbesserungen wurden durchgeführt; es kam neuerdings zum Genio Civile und zum Provveditorato delle Opere Pubbliche und siehe da, da hat man wieder neue Einwände gefunden und hat es neuerdings zurückgeschickt. Das ist in einer Gemeinde dreimal geschehen. Warum konnte so was nicht auf einmal geschehen, um die unnötigen Zeitvergeudungen zu ersparen.

In diesem Zusammenhange möchte ich noch auf einen Unfug hinweisen, der sich speziell in unserer Provinz, ich weiss nicht ob es in Trient auch der Fall ist, eingeschlichen hat. Ich komme da öfters im Lande herum und sehe da die verschiedenen Ingenieure, Architekten, Firmen u.s.w., welche die Projekte ausarbeiten für die Gemeinden und für die verschiedenen öffentlichen Körperschaften, die eben Gesuche um Beiträge an die Region einreichen. Ich habe da des Öfteren feststellen können, dass verschiedene Herren Ingenieure und Architekten die Gemeinden bearbeiten, sie möchten die Arbeiten ihnen geben, weil sie dann dadurch bestimmt den Regionalbeitrag gesichert haben. Das habe ich vor Allem feststellen können bei verschiedenen Herren der italienischen Volksgruppe, die rundweg sagen: wenn ein italienischer Architekt oder ein italienischer Ingenieur die Projekte macht, dann bekommt ihr bestimmt den Regionalbeitrag! Das ist natürlich vollkommen falsch, das wissen die Herren vom Ausschusse auch, dass die Wertung von diesem Gesichtspunkte aus nicht erfolgt, sondern das ist eben nur ein Trick, wie ich das nennen möchte, um sich die Arbeiten zu erschleichen. Denn bei der Region wird nicht darauf geschaut ob ein deutscher oder ein italienischer Architekt, Ingenieur oder Geometer den Plan gemacht hat, sondern es wird eben nach den Grundsätzen des Gesetzes vorgegangen. Das möchte ich vor Allem richtig gestellt haben und ich möchte haben, dass das auch bekannt gegeben wird.

Zur Schulfrage habe ich eigentlich nicht viel hinzuzufügen. Alle kennen den Standpunkt unserer Partei in dieser Frage. Wir fordern hier nicht weniger und nicht mehr, als das, was im Statute steht. Über die Befürchtungen, die Herr Paris ge-

stern ausgedrückt hat, möchte ich einiges hinzufügen. Er ist sehr besorgt um die Freiheit im Schulbetrieb. Meine Herren, die Lehr- und Lernfreiheit ist eigentlich ein Gebiet, welches bis heute den Hochschulen und Universitäten vorbehalten war und hat auch dort, wie wir alle wissen, bestimmt sehr viel negative Erfolge gezeitigt. Diese Lehr- und Lernfreiheit auf die Mittel- und Volksschulen anwenden zu wollen, das erachte ich als ein Verbrechen. Wir vertrauen unsere Kinder, das Wertvollste was wir haben, unseren Lehrern an, aber nicht unter der Bedingung, dass sie mit diesen unseren Kindern tun können was sie wollen. Die Eltern haben unbedingt das Recht, Herr Paris, in die Schule hinein zu schauen und sich zu interessieren was darin vorgeht, was gelehrt wird, was gemacht wird und was nicht gemacht wird und auch der Herr Pfarrer hat dieses Recht: wir wünschen es, dass der Herr Pfarrer in die Schule hinein geht, wir wünschen sogar, dass mehr Religionsstunden gegeben werden als bisher. Mit einer Religionsstunde in der Woche kann unsere Jugend nicht so erzogen werden wie unsere Vorfahren erzogen worden sind, kann nicht jener Geist, jener freiheitliche Geist der heute die Welt zugrunde gerichtet hat, von unserer Jugend ferngehalten werden. Das ist unser Wunsch und daraufhin steuern wir, wenn wir auf irgend eine Schulreform hinarbeiten. Nicht die Rechte der Lehrer werden angetastet: die Lehrer werden nach wie vor, mag die Schule zur Provinz oder nicht zur Provinz kommen, ihre Rechte, ihre erworbenen Rechte beibehalten; ihnen wird nichts genommen, sie werden genau gleich behandelt werden. Doch die Schule ist nicht da wegen der Lehrer, sondern die Schule ist da, um unsere Jugend zu erziehen, das muss einmal an erster Stelle betont und festgehalten werden. Nun wir werden ja sehen, welches Ende diese Verhandlungen in Rom nehmen. Auf jeden Fall werden wir darauf bestehen, solange es uns eben möglich ist, dass das Statut zur Durchführung kommt.

Zum Schluss noch einige Worte an Herrn Mitolo. Er ist derjenige der scheinbar das Monopol für sich in Anspruch nimmt, in Südtirol für die italienische Volksgruppe einzutreten; alle anderen Parteien sind nach seiner Ansicht nicht zuständig. Ich bin nicht da, um die DC oder andere Parteien zu verteidigen, das können sie selber besser tun, aber meine Herren eines steht fest: wenn, das kann ich zur Beruhigung des Herrn Mitolo sagen, wenn es sich darum dreht, in politischen Fragen der deutschen Volksgruppe gegenüber zu treten, da sind alle gleich: DC., Linksparteien oder MSI, da stehen sie alle zusammen, da sind sie alle eins.

Das mag zur Beruhigung des Herrn Mitolo gesagt sein. Also, er hat nicht das mindeste Recht, hier irgendwie eine Monopolstellung einzunehmen und wenn das Losungswort, welches er gestern der Dem. Crist. zugerufen hat «weg mit der Verständigungspolitik mit der Südtiroler Volkspartei, keine Kompromisse schliessen, hart bleiben, hart bleiben den Forderungen der deutschen Volksgruppe gegenüber», dann meine Herren sind wir sicher nicht auf dem besten Wege, die Mitarbeit und die Zusammenarbeit der beiden Volksgruppen in unserer Region besser zu gestalten als bisher.

AMONN (S. V. P.): Wenn wir über die Bilanz diskutieren, so sind wir uns bewusst, dass wir eine Diskussion über das künftige Leben eines ganzen Jahres führen. Jene, die wissen mit welcher Arbeit eine Bilanzdebatte vorbereitet werden muss und die wissen mit welcher grosser Aufgabe sich der Regionalausschuss jedes Jahr befasst, wenn er die Bilanz vorbereitet, die wissen dann auch, dass nur zum Teil alle berechtigten Hoffnungen erfüllt werden können und dass die Bilanz, wie jeder öffentliche Haushalt, sich an das halten muss, was gegeben ist, das heisst an die Einnahmen.

Heuer wurde, und es ist schon davon gesprochen worden, auch der Weg der Anleihe besprochen. Man sollte aber diesen Weg nicht zu leicht nehmen, sondern ihn nur in äussersten Notfällen beschreiten. Es ist leicht gesagt: mit diesen Anleihen belasten wir künftige Jahre. Durch die Zinsenlast wird ja auch das gegenwärtige Jahr belastet und wenn man diesen Weg zu leicht nimmt, dann kann es sein, dass die Belastung für ein Jahr eben auch durch die Zinsen zu gross wird.

Innerhalb des Ausschusses kommt es dann zur grossen Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Assessoraten, die ja genau Bescheid wissen über die Schwierigkeit, den Anforderungen in ihrem Amtsbereich entgegen zu kommen und die darauf hinarbeiten, sich einen möglichst grossen Anteil von der oft zu kleinen Menge an Einkünften zu sichern.

Wenn die Bilanz schliesslich vom Ausschuss genehmigt ist, dann befasst sich damit eingehend die erweiterte Finanzkommission, in der ja alle Parteien und Gruppen vertreten sind und in der — ich möchte dies hier öffentlich feststellen — mit grossem Ernst dieselbe Bilanz aufs Neue studiert wird und in welcher oft wertvolle Vorschläge gebracht werden, die dann im Bericht ihren Niederschlag finden.

Es ist von gewisser Seite kritisiert worden, dass in meinem Bericht als Präsident der Kommission das Wort «politische Orientierung» ge-

fallen ist. Ich weiss nicht, ob man in einer Gegend, in der die Politik praktisch um 6 h früh anfängt und — wenn es gut geht — um 12h nachts aufhört, eine Kritik darüber ausüben kann, wenn in einem Bericht, der sich mit der Bilanz befasst, auch das Wort «Politik» Aufnahme findet. Das Wort «Politik», das uns allerdings oft auch hemmend erscheint, denn es wäre oft leichter Massnahmen zu ergreifen wenn sie rein im administrativen Sinne ausgelegt würden, kann, wie ich bereits gesagt habe, in einer Gegend, die praktisch den grössten Teil ihres Lebens nach der Politik ausrichtet, nicht vermieden werden und somit wird es auch kaum möglich sein die Bilanz vom reinen administrativen Standpunkte aus zu betrachten.

Bei der Bilanzdebatte ist es allgemein üblich, dass sich jeder alles vom Herzen redet, was sich im Laufe des Jahres angesammelt hat und was er glaubt für das nächste Jahr vorbringen zu müssen. Verschieden nach der eigenen Kenntnis, verschieden nach der Materie, für die man sich speziell interessiert, werden alle Angelegenheiten vorgebracht, die das nächste Jahr betreffen, aber die sich zum Teil auch auf die Vergangenheit stützen, aus dessen Erfahrungen man Schlüsse für die Zukunft ziehen kann. Somit ist es klar, dass die brennenden Probleme, wie die Schulfrage oder die Frage der Gemeindeordnung, hier öffentlich besprochen werden; und wenn diese Probleme auch noch nicht die Reife gefunden haben, die in den gesetzlichen Bestimmungen ihren Niederschlag finden wird, so ist es doch sicher nützlich von allen hier Anwesenden die Stellungnahme zu diesen äusserst wichtigen Problemen zu kennen.

Es ist auch vom Zuwanderungsproblem gesprochen worden, ein Problem von dem sie überzeugt sein können, dass es uns schwerste Sorge bereitet und dass wir es nicht immer wieder auf's Tapet bringen, nur damit davon gesprochen wird oder damit andere davon sprechen, sondern weil es an unsere Lebenswurzeln geht. Man bringt hier verschiedene Statistiken, doch ich glaube man kann hier mit einer einzigen Zahl schon sehr viel erklären: noch keine Statistik hat je widerlegen können, dass allein in die Stadt Bozen über 3000 Personen im Jahre zuwandern. Wenn andererseits auch cca. 1.600 Personen im Jahre die Stadt verlassen, so ist dies zum Teil auf Versetzungen etc. zurück zu führen. Es wäre aber sehr interessant, einmal erfahren zu können warum denn eigentlich 3000 Personen jährlich in die Stadt Bozen kommen, was sie hier suchen und was sie hier machen. Um sich von dieser Tatsache überzeugen zu können, genügt es, wenn man einmal zum Früh-

zug auf den Bahnhof geht und die vielen Leute mit ihrem Bündel auf dem Rücken sieht, die ihre Blicke in den Strassen herumschweifen lassen, oft sogar mit einem Zettel von einem südlichen Arbeitsamt in der Tasche. Vielleicht ist dies auch darauf zurückzuführen, dass die Arbeitsämter sich die Arbeitsuchenden von den Füessen bringen wollen und ihnen deshalb die Empfehlung geben: «geht nur hinauf in das schöne Alto Adige wo nur Milch und Honig fliesst». Wenn aber dann, wie es einmal vorgekommen ist, die Quästur das macht, was sie in allen anderen Städten Italiens zu machen gezwungen ist und zwar die Leute in ihre Heimatstädte zurück schicken will, dann ist alles voll Aufregung, dann geht es gegen die Verfassung. Ja warum geht es in anderen Städten nicht gegen die Verfassung? Warum ist in Triest als eine der ersten Massnahmen das Gesetz zur Anwendung gekommen auf das sich gestern Dr. Brugger berief: das Gesetz gegen die Verstädterung (legge sull'urbanesimo)? In Triest, im Jubel der diese Stadt erfasst hat, als sie an Italien angeschlossen wurde, hat man als eine der notwendigsten Massnahmen die Anwendung dieses Gesetzes angesehen; bei uns aber ist der Regierungs-Kommissär der Auffassung, dass wir ein derart spezielles Gebiet darstellen, dass auch die italienischen Gesetze in diesem Falle nicht Anwendung zu finden haben. Sie können uns glauben, dass wir über diese Entwicklung zutiefst besorgt sind!

Über andere grosse Fragen ist noch gesprochen und ausführlich dazu Stellung genommen worden. Über eine Frage jedoch ist im Regionalrat, wenigstens meiner Kenntnis nach, noch nie gesprochen worden und das ist der Teil des Gruber - Degasperis - Abkommens, der den Wirtschaftsteil betrifft: das sogenannte Präferenzabkommen, oder wie es auch genannt wurde: das «Accordino». Darüber wäre lange und ausführlich zu sprechen, aber insbesondere wäre zu erinnern an den Geist dieses Abkommens. Dieses Abkommen wurde seinerzeit, gerade in seinem Wirtschaftsteil, als ein grosser Fortschritt zur europäischen Entwicklung angesehen; man hat von einer aufgehenden Sonne gesprochen, man hat der Bevölkerung zu wissen gegeben, dass die Wirtschaftsnachteile, die mit der Annexion verbunden waren, gerade durch dieses Abkommen zum Grossteil aufgehoben werden sollten. Was ist aber nun von diesem Abkommen übrig geblieben? Ein kleiner Warenaustausch, aber nicht die Grundidee, dass aus Südtirol — denn bei den Verhandlungen in Paris war nur das Gebiet Südtirol in Diskussion — die Waren frei ausgeführt werden können, so wie sie hier produziert werden und wie

sie vom Vertragspartner auch gerne aufgenommen würden. Es sind hier die Zentralstellen, die die Schwierigkeiten sehen und die Schwierigkeiten machen. Es muss aber wieder der Wille der Bevölkerung konkret werden, diesem Abkommen neuen Inhalt zu geben. Vor Kurzem hatte ich im Auftrage des Regionalausschusses Gelegenheit nach Genf zu fahren und dort an Ort und Stelle feststellen können, dass in Genf seit dem Jahre 1815, das ist seit dem Wiener-Kongress, ein Abkommen besteht, das sich noch heute bewährt. Seit 1815 werden die Produkte der sogenannten freien Zone in den Kanton Genf frei eingeführt ohne dass irgendwie nachgeforscht wird, ob diese Produkte dann in die übrige Schweiz exportiert werden. Jeder Landwirt kann, und hier besteht eine genaue Statistik, im Rahmen seiner Produktionsmöglichkeit frei ausführen und frei im Genfer Kanton einführen. Es ist also das natürliche wirtschaftliche Hinterland der Stadt Genf auch heute noch als Wirtschaftshinterland angesehen und als ein Gebiet, das frei die Produkte in die Schweiz einführen kann. Welche Erleichterung würde eine solche Form, die sich dieser Form anschliesst, die bereits schon 150 Jahre besteht, in erster Linie für unsere Landwirtschaft bringen. Ich bin mir dabei bewusst, dass nicht ohne weiteres ein Vergleich gezogen werden kann, da die Verhältnisse verschieden sind und die wirtschaftliche Einfuhr unseres Gebietes nach Österreich eine grössere Bedeutung hat, als die Einfuhr aus der freien Zone in den Kanton Genf. Trotzdem aber sollte man sich immer den Geist vor Augen halten, der seinerzeit zu diesem Abkommen geführt hat und den seinerzeit der Minister Sforza mit so schönen Worten bei Eröffnung der Bozner Messe ausgedrückt hat: «Wir müssen dahin kommen, dass die Grenzen nur mehr mit dem Bleistift gezeichnet sind.» Wenn wir uns — und ich habe deshalb das Thema im Regionalrat, ich glaube als Erster, angeschnitten — mit dem Präferenzabkommen auch einmal ausführlicher befassen werden müssen, dann soll uns allen dieser Geist vorschweben, in dem dieses Abkommen gedacht war und abgeschlossen wurde.

MANTOVANI (M. S. I.): Pregherei un chiarimento su di un punto dell'intervento del consigliere Amonn.

AMONN (S. V. P.): So quale punto, perchè ho visto il suo gesto; si tratta dei tre mila arrivati a Bolzano?

MANTOVANI (M. S. I.): No, di quelli che vengono con il certificato di lavoro a centinaia; e vor-

rei sapere la ragione della parola *scandalo*, che è forse un po' forte...

AMONN (S. V. P.): Purtroppo la traduzione non corrisponde perfettamente a quanto io ho detto. Noi sappiamo dalle statistiche che nella città di Bolzano arrivano ogni anno oltre tre mila, mentre lasciano la città solo 1600 persone. Ho detto che se pure in parte questi spostamenti avvengono per trasferimenti, sarebbe tuttavia interessante avere una statistica, anche pubblicamente riprodotta, dalla quale risulti chiaramente il motivo per cui vengono questi tre mila a Bolzano e che cosa fanno a Bolzano. Se uno va di mattina alla stazione vede gli operai che arrivano dal Meridione con qualche zaino e qualche attrezzo, in cerca di lavoro. Ho detto che può darsi anche che certi uffici del lavoro, per togliersi dai piedi i disoccupati che cercano lavoro, diano loro il consiglio di recarsi in Alto Adige, dove scorre il miele e dove si trovano tutte le bellezze del mondo... In altre città d'Italia si sono posti in atto dei rigidi provvedimenti, rimandando i disoccupati ai paesi d'origine con foglio di via. Anche a Bolzano si tentò una cosa del genere, ma non l'avessero mai fatto!... Ecco perchè ho suggerito di fare una rigorosa indagine, per vedere se, dove e come sono impiegati codesti operai, che molte volte finiscono quassù perchè sono mal consigliati e mal guidati!

MANTOVANI (M. S. I.): Grazie.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? La parola al Presidente Odorizzi.

ODORIZZI (Presidente della Giunta Regionale, D. C.): A nome della Giunta ringrazio anche questa volta i signori Consiglieri che hanno preso parte a questa discussione, senza dubbio molto ampia e molto interessante. Nell'accingermi a fare quelle che possono essere considerate le dichiarazioni dell'organo di esecuzione, devo subito dire che ho dovuto impormi una scelta degli argomenti da trattare, non essendo possibile, anche per ragioni di tempo e proporzione, rispondere a tutto quanto qui è stato esposto ed a quanto è stato richiesto; vedrò però di essere, compatibilmente con una certa brevità di esposizione, più completo che mi sia possibile. Gli argomenti che sono stati trattati si prestano ad una suddivisione che premetto, per dare un certo sviluppo organico a questa risposta. Sono stati trattati argomenti legislativi e argomenti amministrativi. Per i temi amministrativi è possibile fare un'ulteriore suddivisione: si è parlato di enti ed istituzioni alle quali la

Regione è partecipe o per i quali la Regione ha motivi di interesse o di competenza, si è parlato di temi organizzativi e si è parlato di temi genericamente economici.

Seguirò quest'ordine di esposizione; ma dico subito che per quanto riguarda i temi legislativi io mi propongo di non trattarli. Si tratta di leggi che sono in parte ancora allo studio od in elaborazione ed a proposito delle quali la discussione è meglio avvenga con i testi concreti alla mano, perchè altrimenti è una discussione in buona parte fatta per intuizione e forse in buona parte caduca. Inoltre uno dei temi di cui si è parlato, la scuola, non è materia di competenza regionale, è materia di competenza provinciale. Tuttavia riconosco che la discussione che si è fatta su questi temi può essere considerata come un'utile anticipazione di alcuni spunti fondamentali intorno ai quali l'Organo di esecuzione e soprattutto gli Organi legislativi competenti, Consigli Provinciali e Regionale, potranno meditare. Veniamo dunque ai temi amministrativi, premettendo qualche considerazione su di una questione di pura forma, ma tuttavia importante: il modo con cui la Giunta Regionale quest'anno ha presentato il bilancio preventivo e soprattutto il corredo di relazioni e notizie e studi con i quali il bilancio è stato accompagnato. Sono lieto che sia stato riconosciuto un ulteriore progresso in questo settore, perchè indubbiamente è importante che il Consiglio nel momento in cui si accinge a compiere questo, che è l'atto fondamentale dei suoi interventi nel campo amministrativo, sia quanto più possibile informato di tutto ciò che può orientare le sue proposte e decisioni. Ed anche in seguito noi continueremo nello sforzo di miglioramento di questa attività di studio; come vi sarete accorti abbiamo perfezionato anche gli strumenti ed arricchiti vuoi nella scelta di coloro che collaborano con noi nell'attività di studio, vuoi anche nel metodo di presentazione, e direi anche, se mi consentite, nella tempestività della presentazione. Quest'anno la massima parte delle relazioni si è potuta distribuire in tempo utile perchè i Consiglieri ne facessero uno studio accurato. E' stato detto: però queste relazioni hanno un notevole interesse dal punto di vista descrittivo, ma mancano di quella che dovrebbe essere la conclusione logica; si fa una serie di segnalazioni, si considerano numerose premesse, ma non si conclude il sillogismo, non si arriva alla conclusione. Ora, guardate, questo è vero. E' vero perchè, come vi sarete accorti, ci consideriamo ancora in fase di studio. Però devo dire che in ogni caso dovrebbe essere considerata come una conclusione pratica dei nostri studi la composizione stessa del bilancio. Se,

dopo aver fatto questi studi, dopo aver fatto queste indagini, l'organo di esecuzione arriva alla conclusione di proporvi un bilancio così fatto, vuol dire che l'organo di esecuzione si è fatta la convinzione che il modo migliore di impiegare il denaro che ci è affidato è quello che risulta dal bilancio, modo che deve essere anche ritenuto il più rispondente alle premesse tecnico-economiche che gli studi mettono in evidenza. Mi è piaciuto a questo proposito quello che è stato detto dal cons. Giacomelli, il quale esorta il Consiglio a non limitarsi a considerare le singole relazioni economiche, e quello che significano le iniziative già attuate o messe in cantiere, ma a vedere tutta questa serie di elementi in funzione della formazione del reddito regionale. La nostra attenzione deve essere concentrata proprio sul reddito, perchè dall'aumento del reddito, nelle sue varie componenti, trovano facilità di soluzione anche i problemi umani e sociali che ci preoccupano.

Così mi è piaciuta anche l'indicazione fatta a proposito di studi e di lettura delle nostre relazioni, dalla signorina Lorenzi, la quale disse di non limitarci a vedere le relazioni separatamente ed i capitoli di attività di bilancio separati, mettiamoli un po' tutti in relazione fra loro perchè se con questo criterio si esamina il bilancio, si vede che c'è una continua osmosi che domina nella nostra attività amministrativa ed economica, e che trasfonde da un Assessorato all'altro parte delle disponibilità e dei mezzi, in una visione che appare più unitaria e più razionale di quanto non risulti a coloro che considerano il bilancio quasi a compartimenti stagni, Assessorato per Assessorato. Esemplare da questo punto di vista fu l'indicazione dei contributi e l'apporto di contributi che i fondi dell'Assessorato ai lavori pubblici dà al settore delle opere assistenziali e sanitarie, così rilevante ed importante, come fu messo in evidenza da qualche Consigliere dei gruppi di sinistra.

Detto questo per l'aspetto formale di presentazione del bilancio e delle relazioni, veniamo alle questioni amministrative. C'è un primo gruppo di questioni che riguardano enti ed istituzioni delle quali la Regione è partecipe o alle quali la Regione comunque ha titolo ad un intervento, vuoi perchè si tratta di materia di competenza regionale vuoi perchè esiste un interesse che la Regione deve comunque tutelare. Quasi sono stati questi enti? Defant ha aperto la serie con i Consigli provinciali dell'agricoltura ed ha affermato che l'iniziativa per la soluzione legislativa di questo tema si è inceppata in conseguenza delle difficoltà presentate dall'applicazione dell'art. 14. Ora io devo dire a Defant che non credo che le cose stiano in questi

termini. In questa seconda legislatura il tema dei Consigli provinciali dell'agricoltura non è stato esaminato dalla Giunta; nella prima legislatura quel tema si bloccò non sulla questione dell'art. 14, ma sulla questione fondamentale dei compiti e della natura dei Consigli provinciali dell'agricoltura. Il dissenso era questo: questi Consigli provinciali dell'agricoltura vogliamo considerarli come organi consultivi, di studio e di elaborazione di proposte, di segnalazione di temi all'amministrazione regionale che poi deve provvedere, o vogliamo considerarli come organi di esecuzione dei servizi dell'agricoltura? Su questo dissenso la cosa si bloccò, non con l'intendimento di abbandonarla definitivamente, ma con l'intendimento di riprenderla quando avessimo potuto fare qualche passo avanti su questo tema. Nella corrente legislatura invece è reale che l'Assessore all'agricoltura ha proposto in Giunta una proposta di disegno di legge per la applicazione dell'art. 14 alla materia dell'agricoltura, ed è vero che su questa proposta di legge non sono maturate ancora le nostre decisioni, perchè il tema dell'art. 14, di cui parlerò quando tratteremo le questioni di organizzazione, è un tema ancora aperto.

E' stato detto: stazioni sperimentali; bisogna assolutamente arrivare ad un'impostazione più soddisfacente della loro strutturazione e della loro attività concreta. A questo punto posso dire che le cose stanno esattamente in questi termini; abbiamo, come sapete, la stazione agraria sperimentale di S. Michele e abbiamo la stazione razionale di alpeggio di Juribello e la stazione di Teodone. La stazione di S. Michele è stata costituita in base al decreto 29 luglio 1926, n. 1415, ed era, ed è ancora possiamo dire fino a tanto che non daremo una diversa disciplina legislativa alla materia, costituita sotto forma di un consorzio fra lo Stato e la Provincia di Trento per il funzionamento dell'istituto agrario provinciale, consorzio che fu funzionante anche per la stazione sperimentale. Ora la Giunta Regionale ha messo allo studio la materia e ha fatto anche elaborare un progetto di legge i cui lineamenti in linea di massima sarebbero questi: separazione nel funzionamento della stazione sperimentale dall'Istituto di S. Michele, costituzione di un consorzio fra Regione e Provincia, funzionamento della stazione sperimentale, nuova suddivisione della stazione in tre sezioni con proprio consiglio di amministrazione secondo i compiti specifici di sperimentazione e rafforzamento della unità personale, attualmente in servizio, non sufficiente. Infine gli aspetti finanziari. Questo disegno di legge è attualmente allo studio dell'Assessore il quale, quando avrà maturato le sue conclu-

sioni, provvederà a portarlo in Giunta. Non molto diverse sono le questioni a proposito della stazione razionale di alpeggio di Juribello costituita nel 1929 in base al decreto 31-1-1929 n. 200 del Ministero dell'agricoltura, poi trasformata in consorzio con la partecipazione del Ministero dell'agricoltura, della cattedra ambulante di agricoltura della Provincia di Trento, dell'Azienda forestale e del comune di Primiero, questo nel 1931. Ora la Giunta regionale, dovendo dare un diverso assetto anche a questa stazione sperimentale, ha anche predisposto un disegno di legge, che è allo studio dell'Assessore all'agricoltura e foreste, che si ispira a questi criteri: costituzione di un nuovo consorzio di cui sia partecipe la Regione, il Comune di Tonadico, perchè non si può, per ragioni patrimoniali, escluderlo, la Camera di Commercio di Trento e le Federazioni degli allevatori, cioè ampliare un po' il campo degli interessi intorno a questa istituzione, preparazione di un nuovo statuto che definisca esattamente gli scopi della stazione sperimentale e assunzione da parte della Regione dei principali oneri di finanziamento della Stazione. Analoga situazione per la stazione sperimentale di Teodone.

Istituto di credito: il tema è veramente importante. Essendo stato richiesto di intervenire per dare alcune dichiarazioni in seduta di Commissione legislativa per il bilancio, mi sono sentito proporre di riferire un po' estesamente su questo argomento in Consiglio. Ho preso già i dati e mentre in un primo tempo avevo pensato di approfittare di qualche successiva tornata del Consiglio per riferire, penso che posso riferire subito, anche se il discorso su questo argomento impegnerà un po' di tempo. Ho visto dagli interventi dei consiglieri Unterrichter e Paris e di altri Consiglieri, come l'argomento interessi realmente a fondo. Quindi spero che, anche se dovrò un po' dilungarmi su questa materia, non spiacerà a coloro che mi stanno ad ascoltare. L'Istituto cominciò a funzionare verso la fine di giugno; non conta ancora un semestre di vita, ed in questo periodo gli organi dell'Istituto si dedicarono prevalentemente all'esame preliminare della questione fondamentale del funzionamento; gli organi dell'Istituto si sono però messi in grado di poter iniziare verso la fine di settembre a decidere in ordine alle domande di finanziamento che erano state presentate. Dalla fine di settembre al 13 dicembre, in sei sedute, il Consiglio di amministrazione ha esaminato 51 domande di finanziamento per 1.288 milioni di lire. Perchè possiate avere un po' un'idea di ciò che significa questo volume di pratiche e di deliberazioni prese dall'organo consiliare dell'Istituto, ho

voluto avere un dato di raffronto e ho preso il dato dell'attività dell'Istituto di Credito fondiario di Trento che, sia pure con analogia lata, si accosta, di più di altri Istituti, al nostro. Nel 1952 l'Istituto di Credito fondiario ha esaminato domande per 944 milioni accordandone per 817 milioni. Quindi nel giro di un intero anno finanziario ha svolto una azione inferiore a quella svolta dal nostro Istituto nel giro di tre mesi. L'istruttoria delle pratiche va condotta con un tecnicismo che ha avuto i suoi frutti positivi in questo: voi sapete che, allo scopo di aumentare le disponibilità dell'Istituto, fondamentale è che le operazioni possano ottenere il riscontro presso il Medio credito centrale, il quale non ammette al riscontro pratiche che non siano perfette, sia nelle premesse che devono essere assolutamente conformi alle disposizioni di legge, sia negli accertamenti di istruttoria. Orbene tutte le domande, tutte le pratiche sulle quali l'Istituto di credito ebbe a pronunciarsi definitivamente, sono state proposte per il riscontro; tutte sono state ammesse. Esiste solo pendenza per due pratiche a proposito delle quali il Medio credito centrale, pur avendo in linea di massima fatto capire già che anche quelle pratiche saranno riscontrate, ha voluto ulteriori notizie. Le domande presentate sono 179 per la sezione bancaria, per il credito agrario 21. Per la sezione bancaria per un volume complessivo di finanziamenti di 2900 milioni, per il credito agrario di 427 milioni. Le domande esaminate sono 51, quelle a proposito delle quali sono stati presi impegni di finanziamenti sono 46 attualmente per 912 milioni. Forse è interessante anche questo: le domande a proposito delle quali fu fatta la concessione del finanziamento, per volume si suddividono così: fino a 5 milioni di finanziamento sono state soddisfatte 11 domande; dai 5 ai 10 milioni 6 domande; dai 10 ai 20, 7 domande; dai 20 ai 30, 5 domande; dai 30 ai 40, 1 domanda; dai 40 ai 50, 3 domande; dai 50 ai 60, 2 domande; dai 60 agli 80, 1 domanda.

E' nata la spiacevole questione della non ammissione delle aziende artigiane e delle aziende alberghiere ai benefici della legge istitutiva dell'Istituto di credito. L'Istituto di vigilanza, la Banca d'Italia, ha disposto che il nostro medio credito regionale non possa intervenire in questi due settori. Qui devo chiedere anzitutto, perchè è augurabile che nelle nostre conversazioni e nelle nostre comunicazioni, sempre, ma specialmente quando si parla di autorità e di autorità di rilievo, devo chiedere, dicevo, che ci sia la massima esattezza; non è affatto vero che l'esclusione degli artigiani e degli albergatori sia dovuta all'intervento del « piccolo funzionario » che abbia messo in iscacco

il Ministro del Bilancio. Il Ministro realmente nella seduta con la quale fu insediato il Consiglio d'amministrazione ebbe espressamente a dire che il medio credito trentino deve avere un campo di intervento più vasto dei medi crediti di altre Regioni e in modo particolare deve potersi occupare anche dei finanziamenti dell'industria turistica. Non è stato « un piccolo funzionario », è stato il Comitato interministeriale del credito, cioè un organo, che come voi sapete, è composto di sei Ministri e del Governatore della Banca d'Italia, che ha dato la disposizione di escludere quei due settori. Ora bisognerà chiarire questa cosa e troveremo un nostro sicuro alleato nello stesso Ministro Vanoni il quale porterà la cosa al Comitato interministeriale di credito per un riesame, affinché l'organo di vigilanza possa consentire l'ammissione al finanziamento anche dei due settori indicati sopra. Difatti, a parte quelle che sono le dichiarazioni rese in quella tale occasione dal Ministro, non potrà essere dimenticato che proprio al fine di rendere possibile l'estensione dell'attività del medio credito trentino anche alle aziende di quei due settori, l'originale disegno di legge istitutivo del medio credito che parlava di finanziamento a piccole e medie « industrie », fu corretto sostituendo al termine « industrie » il termine « piccole e medie imprese », con lo scopo evidente di rendere possibile l'intervento dell'istituto in un campo più vasto di quello che non avvenga per gli istituti di medio credito regionale che operano nel rimanente territorio dello Stato.

C'è stata una lagnanza per quanto riguarda la questione del tasso di interesse e per le garanzie. Qui, signori, dobbiamo dirvi questo: noi avevamo previsto come molto probabile che il tasso d'interesse si sarebbe potuto contenere entro il 5%; lo avevamo dichiarato quando avevamo studiato i lineamenti di questo istituto, avevamo fatto i nostri calcoli di probabilità premettendo naturalmente che soltanto gli organi competenti, che avrebbero poi amministrato l'istituto, sarebbero stati in grado di decidere in definitiva quale sarebbe stata la misura degli interessi da richiedere. Naturalmente gli organi dell'Istituto hanno dovuto vedere quale è la situazione del bilancio di esercizio dell'Istituto proiettato in una lunga serie di anni e si sono così convinti di dover arrivare fin dall'inizio al 6%, che però, come giustamente disse il cons. Unterrichter, considerate le speciali provvidenze fiscali, si equivale a poco più del 5% degli interventi fatti dagli altri Istituti. Ma in ciò ha avuto anche decisa influenza il fatto che per rendere possibile una più vasta serie di finanziamenti si deve arrivare al riscontro di queste operazioni, il che vuol

dire l'acquisizione da parte dell'Istituto di ulteriori mezzi da far rifluire, e non mezzi raccolti in sede o in campo nazionale, da far rifluire all'economia nostra industriale. Ma le operazioni di riscontro costano, nessun Istituto può fare un'operazione di riscontro gratuitamente. Poi è uscita la legge del 6 agosto 1954 che istituì l'imposta sul patrimonio delle società. Questa legge ha portato a un ulteriore onere di circa lo 0.54% sul patrimonio, il quale, voi sapete, è il nostro fondo di dotazione, e questo 0.54% ha costretto il Consiglio di amministrazione dell'Istituto ad elevare al 6.50% il tasso di interesse sui finanziamenti. Non è certo quello che avremmo desiderato. E' vero che, nonostante questo, il nostro Istituto di medio credito centrale pratica tassi di interesse che sono inferiori ai tassi di interesse praticati dagli altri Istituti regionali di medio credito, ma non è il tasso che ci eravamo proposti. Potremmo raggiungere quindi quel fine e quella meta? Penso di sì, penso che rifletteremo all'opportunità di un intervento regionale in questa materia. Basta che pensiate che con un contributo di 20 milioni che si desse all'anno, su due miliardi di operazioni si riduce di un punto il tasso di interesse e quindi con non molto sacrificio il fine potrebbe nuovamente essere raggiunto. E' una cosa della quale ci occuperemo in seguito. La proposta dell'on. Paris, che è membro del Consiglio di amministrazione dell'Istituto, la proposta cioè che i rappresentanti della Regione nel Consiglio dell'Istituto vengano a conferire un po' con me per l'esame di questa situazione, è naturalmente accettata, ed anzi colgo l'occasione, se mi consentite, per dire a tutti i colleghi Consiglieri che in quanto abbiano funzioni di rappresentanza regionale in qualunque altra istituzione od organismo, noi siamo ben lieti di sentirli, prendano essi stessi la iniziativa di venire da noi a fare il punto delle varie situazioni e ad informarci dei vari problemi e provocare il nostro intervento. Comunque senz'altro, Paris, sarò loro grato, a tutti e tre i rappresentanti della Regione, se vorranno venire a ricapitolare con me anche meglio questa cosa. La domanda, fondamentale per noi, che abbiamo visto questo Istituto non solo come strumento di consolidamento delle attività produttive locali, ma anche come facilitazione al sorgere di nuove iniziative, per l'assorbimento della mano d'opera, la domanda che noi dobbiamo porci è questa: In questo primo periodo di attività dell'Istituto le operazioni che sono state fatte hanno servito o non hanno servito a questo scopo? La risposta è la seguente: su 36 domande accolte per 703 milioni l'istruttoria ha assodato l'impegno, nella quasi totalità di certa attuazione, di assor-

bire, nel ciclo di circa un anno, in 19 aziende 249 unità maschili e femminili a carattere di impiego stabile ed in 9 aziende 51 unità con impiego stagionale. Non è un risultato disprezzabile, è un risultato che mi ha fatto un certo piacere e che spero sia possibile migliorare ancora nell'ulteriore sviluppo e nell'ulteriore attività dell'Istituto. Va da sé che in ogni caso tutti gli altri finanziamenti hanno finito con il rendere consolidata una situazione di esercizio e di patrimonio delle rispettive aziende, la qual cosa dà la possibilità di guardare con maggiore tranquillità al loro avvenire. Esiste la sezione autonoma di credito per il miglioramento agrario, della quale il signor cons. Unterriechter si è particolarmente occupato. Questa finora ha funzionato meno, un po' per il numero più modesto delle domande che sono state presentate ed un po' perchè anche qui si devono togliere di mezzo alcune difficoltà formali e chiarire alcune perplessità che nella fase iniziale di vita di un Istituto del genere sono più che naturali. Comunque anche questa sezione ha funzionato per il finanziamento di opere che la Regione stessa ha stimolato, cioè in appoggio alla legge regionale 24 luglio 1951, ed alla legge regionale del 7 novembre 1953. Le operazioni ammesse sono sempre anche di scarso rilievo, ma non c'è nessun dubbio che anche questa sezione potrà, andando avanti, funzionare in pieno.

Centrale ortofrutticola. L'on. Paris disse esattamente: — E' noto che si è largamente superato il preventivo di spesa nella costruzione della centrale. A questo proposito dobbiamo anzitutto considerare la cosa da un punto di vista generale: questi aumenti di preventivo sono un fatto frequente. Sono censurabili quando rispondono ad una errata valutazione dei costi fatta in sede preventiva, sono assai meno censurabili...

PARIS (P. S. D. I.): Ma vedere se sono giustificati, perlomeno!

ODORIZZI (Presidente della Giunta Regionale, D. C.): ... sono meno censurabili quando il superamento della spesa preventivata è dovuto a miglioramenti o razionali ampliamenti di cui è apparsa l'utilità nel corso della esecuzione dei lavori. Voi ricordate lo studio fatto dal prof. Tradardi, diramato a tutti i Consiglieri, e ricordate le conclusioni. In corso di esecuzione dei lavori si sono avute sorprese: si è cambiata l'area sulla quale la fabbrica doveva sorgere, poi le sorprese della natura, siamo in una zona dove pare si diffonda il vecchio alveo del Fersina; infine fu dal Consiglio di amministrazione ritenuto largamente utile

il mutare il progetto allo scopo di avere, sulle indicazioni aggiornatissime degli studiosi e dei pratici di questa materia, la creazione di uno stabilimento veramente modello; da questo punto di vista al posto di un semi-interrato si è ricavato un immenso magazzino. Si è introdotta la sezione per la disinfezione della frutta che non era prevista. Secondo i consigli dei tecnici, non si è più collocato il sistema di meccanismi produttivi del freddo nelle singole celle, ma si è pensato a collocarli fuori delle celle per ottenere fra il resto anche una maggiore capienza delle celle stesse. Tutto questo ha avuto una decisa incidenza sul costo dell'opera. Posso dire che personalmente mi sono informato di quelli che sono i costi di altre due o tre centrali ortofrutticole che stanno sorgendo in Italia. Sono appunto nell'ordine di grandezza dei costi della nostra centrale. In ogni caso il tema dovrà essere riportato qui, perchè oggi ci si presenta la domanda di come assicurare l'ulteriore copertura, se con un intervento finanziario nostro o con la immissione di altri enti che possono darci garanzia di contribuire al raggiungimento dei fini che l'istituzione si è posta.

Poi il cons. Paris, a proposito sempre di enti ed istituzioni, ha parlato della Trento - Malè. Qui devo dire quello che ho già dichiarato in risposta ad un'interpellanza che è stata fatta in Consiglio un'altra volta; noi, come Regione, non abbiamo competenza di intervenire in questo argomento. La Provincia è socia ed in sede provinciale potranno essere esaminati argomenti del genere. In Regione no, l'intervento che qualche volta ho potuto svolgere — e ho svolto — ho sempre dichiarato di averlo svolto a titolo di cortesia, e interventi del genere, non dovuti ma utili, sono sempre pronto a svolgerne anche in avvenire. In ogni caso, dopo quanto il cons. Paris ebbe ad affermare, ho voluto attingere subito notizie ed informazioni alla Direzione della Ferrovia e sono in grado di rispondere che le notizie raccolte sono in larga parte assolutamente infondate. Bisogna rivolgersi alle fonti che possono realmente dire come stanno le cose, e da questo punto di vista sono in grado di tranquillizzare il cons. Paris: le cose non stanno nei termini in cui egli ha potuto riferire.

Così, passata in rassegna la serie di istituzioni ed enti di cui si è parlato, veniamo alle questioni organizzative. Il personale è il primo tema; il personale e la legge sull'ordinamento del personale. E' stato rilevato, ed è esatto, che su questo tema così importante non c'è nessun accenno nelle relazioni. Vi dico il perchè non c'è: è responsabilità personale mia. Non so se ho avuto altra volta occasione di dire che la materia del personale è riser-

vata a me, proprio perchè è materia che deve avere carattere di uniformità per tutti gli Assessori, ed implica necessariamente un'azione di coordinamento. Quindi se colpa c'è, è colpa mia, ma proprio non ho parlato di questa materia nella relazione perchè avrei dovuto dire quello che vi devo dire ora e mi pesa dirlo: che non siamo ancora in grado di portarvi la legge, però il tempo non è trascorso invano, non solo per quegli aspetti di cui parlavano gli oratori che si sono occupati dell'argomento, ma anche perchè realmente si sono maturati ulteriori indirizzi anche in campo nazionale, che possiamo utilizzare in campo regionale. Dico subito, — manca Mitolo ma il suo collega di gruppo gli riferirà — Mitolo ha voluto che dichiarassi se è vero che di questa materia è stato incaricato l'ex Assessore Negri. Sì, è stato incaricato, su mia proposta. Ad un certo punto mi accorsi che uno degli ostacoli a portare avanti la materia con maggiore celerità poteva essere la mia persona, che è legata ad altri compiti che non danno tregua, ed allora chiesi alla Giunta che mi si consentisse di servirmi della consulenza di Negri, che conosce benissimo l'Istituto regionale, ha una vasta esperienza amministrativa e so con quale spirito ha collaborato con me. Negri ha fatto la legge ed ha riferito anche verbalmente in una recente seduta di Giunta; vi dico subito che sarà la più vasta legge che abbiamo fatto perchè siamo arrivati al concetto che la legge deve essere completa e cioè debba partire dall'ordinamento degli uffici perchè senza creare un ordinamento di uffici non è possibile creare nè tabelle organiche veramente adeguate alle funzioni degli uffici stessi, nè alcune altre premesse che hanno incidenza diretta sul trattamento giuridico ed economico del personale. La legge è già stata fatta, adesso viene distribuita ai singoli Assessori. E' una legge che supera i 200 articoli e spero davvero che poi si possa, con una certa rapidità, passarla alla Commissione legislativa per l'esame.

Sempre in tema di personale è stata fatta qui una questione — permettetemi che io lo dica con cordialità — che io giudico un po' antipatica, ed è la distinzione tra personale dello Stato comandato o richiesto dalla Regione e personale direttamente assunto. Vi assicuro che abbiamo nel personale dello Stato al servizio della Regione elementi preparatissimi, fedelissimi e zelantissimi, dei quali non abbiamo che da compiacerci, abbiamo il buono ed il mediocre in tutte due le categorie; ma il peggior servizio che si può fare all'Organizzazione regionale, sotto questo punto di vista, è l'approfondire in qualche modo questa distinzione o magari trasformarla, peggio ancora, in un'anti-

tesi. Il personale di qualsiasi provenienza ha un bisogno solo: di sentirsi diretto senza alcuna diffidenza, senza alcuna mentalità prevenuta, senza preconcetti, sentirsi compreso, appoggiato e guidato da uomini che agiscano con fiducia, con umana comprensione, con cordialità. Ed allora credete che le cose andranno bene; e di differenze non è opportuno parlare, tanto più che sappiamo che sempre in Regione ci sarà questa combinazione di elementi di varia provenienza nel corpo del personale.

E' stata fatta la questione del Segretario. Qui vi devo dire che mi sono meravigliato. Ma come, vi appare nuovo questo argomento? Ma abbiamo avuto un Segretario Furioli per un anno e mezzo, nessuno ha mai detto niente. Come mai se ne vuole parlare ora? La funzione del segretario generale è una funzione non sopprimibile, ed anche qui sarà il caso che ne parliamo quando discuteremo la legge. Ma per rispondere a Defant in modo particolare, preciserò con le parole stesse degli articoli già predisposti quali saranno le funzioni del Segretario generale: « cura l'unità di indirizzo generale dei singoli uffici dell'Amministrazione regionale, il disbrigo degli affari di carattere generale e di interesse comune » in certo senso attuando anche la competenza del Presidente della Giunta Regionale che non può trattare personalmente tutti gli affari di interesse comune dei vari Assessorati e deve avere qualcuno che glieli elabora e glieli fa; « la rogazione degli atti stipulati »; non è pensabile una organizzazione regionale senza un ufficiale rogante; « provvede a quanto si attiene all'organizzazione ed all'ordinamento generale della amministrazione »; « adempie le funzioni di capo di tutto il personale »; inoltre « svolge le funzioni di segretario della Giunta Regionale, adempie ad ogni altro incarico che gli venga affidato dalla Presidenza della Giunta Regionale rispondendo verso il Presidente della Giunta Regionale della esecuzione degli affari affidati », e così via; « assiste alle sedute di Giunta Regionale, ne redige i verbali che vengono poi sottoscritti dal Presidente e per rapporto di corresponsabilità dal segretario generale stesso ». Le funzioni del segretario generale sono così previste. Non posso veramente immaginare come un'organizzazione come la nostra sia concepibile senza un capo e senza un organo che assolva le funzioni di questa natura.

E' stato detto: maggiore controllo! Ecco una questione organizzativa che troverà la sua soluzione proprio nella legge sull'ordinamento degli uffici e del personale. In quella legge troverete proposta la costituzione di una sezione ispettiva alle dipendenze della Presidenza della Giunta Regio-

nale per intervenire vuoi nelle nostre organizzazioni periferiche, vuoi nelle istituzioni che vengono ad avere la presenza o finanziaria o di competenza della Regione.

E' stato detto: vorremmo sapere l'uso che fate della legge sulle consulenze, sembrandoci che si faccia ricorso troppo largo a questa legge e sembrandoci anche che l'onere finanziario relativo sia un po' pesante. Alle consulenze ricorriamo nello spirito della legge; mi ha fatto piacere sentire Mitolo giudicare i nostri dipendenti atti a risolvere ogni tema e ogni quesito. E' una notevole valutazione del nostro personale; ma in realtà ci sono temi e quesiti che non sappiamo risolvere neppure noi stessi, e non dobbiamo fare una colpa al nostro personale se può difettare di una preparazione così specializzata quale è quella che qualche volta si richiede per la soluzione di certi problemi, di natura giuridica, tecnica e così via. E' vero che si è fatto un uso abbastanza largo di queste consulenze, ma è vero che secondo me questo uso è stato di assoluta convenienza, per la bontà dei pareri raccolti e per l'autorità ed efficacia anche pratica degli studi che sono così acquisiti alla nostra vita amministrativa. Abbiamo in animo di diffondere questi studi; abbiamo già cominciato a distribuire ai signori Consiglieri parecchi pareri giuridici e lo faremo anche per parecchi pareri tecnici. Credo di poter annunciare una specie di stillicidio di questi studi e pubblicazioni durante l'anno, di elaborazione. Tutto ciò è una premessa indispensabile per l'impostazione razionale dell'attività nostra.

Molto opportunamente, sempre in tema di organizzazione, l'Assessore Pedrini ha dato due idee e io personalmente le accolgo e credo le accoglierà la Giunta. Quella di fare, dopo quegli studi economici di carattere generale, gli studi di vallata, la diagnosi dei bisogni per vallata vista come una entità organica. Mi pare che il concetto sia buono in quanto è reale, nella vita pratica è reale che l'economia di vallata esiste con aspetti che la differenziano dall'economia di altre vallate. Il secondo consiglio utile dato da Pedrini è quello di potenziare un po' alla volta i quadri del nostro personale tecnico, che deve essere messo al servizio della collettività con l'apporto dei suoi suggerimenti tecnici. Credo che proprio nel disporre le tabelle dell'organico, dovremo tenere presente questa suprema utilità pratica di moltiplicare il personale tecnico specializzato, allo scopo di intensificare l'azione di consiglio e l'assistenza tecnica alle nostre popolazioni nei vari campi dall'agricolo all'artigianale, dal campo del lavoro al campo delle ricerche,

Art. 14: tema senza dubbio fondamentale per quanto riguarda le questioni organizzative. Vi è certamente noto che su questo articolo, difficilissimo nella sua interpretazione, quando non ci si accontenti di restare alla superficie, cioè di prendere l'articolo ad orecchio, per quanto dicano solo le parole, ma si voglia andare fino in fondo, difficilissimo nella sua interpretazione — dicevo — su questo tema le nostre consultazioni di Giunta si sono andate in questi ultimi tempi intensificando, e vi posso assicurare che esiste l'intendimento di uscire dal contrasto di concezioni e dalle perplessità di interpretazione, con la maggiore rapidità possibile con una visione quanto più possibile spassionata ed obiettiva che salvi adeguatamente l'interpretazione esatta dell'articolo, i fini e l'utilità della Regione ed i fini e l'utilità delle Provincie. Facilissimo enunciare genericamente questi principi, più difficile assai arrivare a vederne le soluzioni sul terreno pratico. Ma ciò che vi posso assicurare è che su questo tema oggi ci siamo tutti impegnati a lavorare con più decisione di quanto non sia avvenuto in passato, e la nostra speranza è di poter portare presto già qualche soluzione concreta. Sarà più facile portarvi delle soluzioni concrete. Probabilmente fra un paio di mesi esamineremo la legge sull'utilizzazione delle acque che attua il principio dell'art. 14, in una forma specifica non riproducibile in altri campi. Comprenderete da quel caso lo sforzo comune di arrivare a delle soluzioni pratiche che siano compatibili con l'adempimento del nostro dovere. In questo sforzo comune possiamo anche arrivare a qualche conclusione utile. E così mi pare che i temi organizzativi siano finiti. L'ultima parte delle mie dichiarazioni riguarda i temi amministrativi o economici. C'è una questione che giustamente è stata chiamata di fondo: — troppo poco quanto si ottiene in conto dell'art. 60, dovete ottenere di più, perchè più vasti sono i nostri bisogni e buona parte di questi bisogni è destinata altrimenti a restare insoddisfatta. — Rispondo che sì, certe parti dei nostri bisogni rimangono insoddisfatte, ma questa è la sorte di tutte le provincie d'Italia e probabilmente di tutti gli Stati del mondo. Nessuno Stato, nessuna Regione è in condizioni di dire che dispone di tutti i mezzi necessari per risolvere adeguatamente tutti i problemi. Bisogna andare per gradi, fare quello che si può, bisogna imporsi in questo una visione equanime che tenga conto delle reali possibilità che ha la collettività nazionale, altrimenti non si arriva a soluzioni che possano essere ritenute di soddisfacimento, anche nel senso della obiettività. Ora guardate, qui mi costringete un po' a ripetere argomenti che ho svolto altre volte,

ma lo faccio perchè è realmente un tema fondamentale ed ho bisogno di assoluta chiarezza, ho bisogno che sappiate quello che penso e che del resto non ho mai tenuto nascosto. Per me il regionalismo non può essere una fonte di privilegi finanziari, non è questo lo spirito del regionalismo! Il regionalismo è l'attuazione di un autogoverno locale di interessi locali nell'ambito di competenze nettamente individuate nello Statuto. Ora bisogna pensare che accanto alla nostra Regione quando sotto questo aspetto la Costituzione sarà interamente attuata, esisteranno tutte le altre Regioni italiane; se il regionalismo dovesse essere una fonte di privilegi finanziari, come potrebbe essere risolto questo tema di consentire privilegi a tutti quanti? E' assolutamente impossibile! Inoltre lo Stato potrebbe dirci: in sostanza, siccome appunto il regionalismo è questo: autonomia nell'amministrazione della cosa pubblica per una parte di competenze che erano dello Stato, io dò a voi quello che avrei speso se queste competenze fossero ancora mie. Ed allora credete che se questa fosse la risposta noi percepiremmo in conto art. 60 molto di meno, perchè con i mezzi che ci vengono dati facciamo fronte non solo al pagamento del costo dei servizi che eseguiamo noi al posto dello Stato, ma abbiamo la possibilità già di apprezzabili interventi nel campo degli investimenti economici. Questa è la realtà; poi, vi prego, non dimenticate mai che, per lo meno fino a questo momento, oltre a quello che riceviamo noi nel nostro bilancio lo Stato eroga in Regione tutto ciò che è il frutto delle provvidenze delle leggi speciali, dall'edilizia all'agricoltura, ai lavori pubblici e altri campi. Quando arriveremo a quel tale coordinamento, che è sempre nostro intendimento di raggiungere, cioè alla attuazione e alla recezione intera di queste provvidenze nell'ambito delle competenze regionali, come vuole lo Statuto, vi accorgete che nel volume complessivo delle nostre disponibilità vi sarà una flessione. Inoltre tenete presente, non è un particolare trascurabile, che nella nostra Costituzione oltre a quello che prendiamo noi c'è quello che prendono le Provincie, basta pensare ai 9/10 delle imposte e della ricchezza mobile ecc. che va alle Provincie, e anche questo è un apporto all'economia locale. I paragoni con le altre Regioni sono difficili. L'ho tentato più volte, ho fatto fare degli studi su questo, ma la differenza di competenze, la differenza di grado di attuazione degli stessi Statuti, rendono assolutamente difficile un confronto, come difficilissimo è il confronto fra quello che è l'importo che conseguiamo nell'economia del bilancio regionale e quello che è il cosiddetto bilancio dello Stato nella

Regione. Sapete che il Tesoro istituisce annualmente il bilancio consuntivo per regioni. Abbiamo più volte considerato il bilancio dello Stato per la parte che riguarda la nostra Regione, ma poi ci siamo persuasi che da essa non è possibile equanimemente trarre conclusioni veramente indicative. Perché voi sapete che quel bilancio viene fatto così per esigenze contabili, per una prassi contabile dello Stato, ma non è possibile credere che in quel bilancio vi siano tutte le spese per le occorrenze che lo Stato assolve anche nel nostro interesse. Così, se è giusto rilevare che in quel bilancio per esempio la voce « spese per la difesa » è senza dubbio sproporzionata a quelle che sono le esigenze della nostra Regione, perché interessa tutta la Nazione, nel bilancio del Lazio troviamo la spesa per tutti i Ministeri che non riguardano solo Roma, ma anche noi; non si può arrivare a conclusioni che in base a medie nazionali, e quando si arriva a medie nazionali il raffronto fra quella che è la media dello sforzo tributario del cittadino con quella che è la media dei benefici che il cittadino ricava dalla presenza dello Stato e dalle iniziative dello Stato, quando si arriva a questo raffronto ci si accorge che noi siamo lievemente al di sopra della media nazionale; ma io conservo l'intendimento di portare a termine quello studio e comunicarlo, perché solo così, nella serenità della coscienza, vi persuaderete che, secondo me, siamo a posto, ed abbiamo ottenuto ed otteniamo dallo Stato, il quale poi tutti gli anni fin qui ha sempre aumentato le sue erogazioni, otteniamo dallo Stato un trattamento di equità. Ciò non toglie che porteremo sempre, come portiamo tutti gli anni, e non solo io ma gli Assessori ed i Presidenti delle Giunte Provinciali, a Roma le nostre esigenze, che sono sempre state presentate non secondo una gonfiatura artificiale, ma con obiettività, ed in somme che vanno parecchio al di là di quelle del bilancio preventivo annuale; e in questa linea continueremo.

E' stato detto: più coraggio e più lealtà, ricordando una frase del prof. Balladore Pallieri. Vi devo ricordare che la frase del prof. Balladore Pallieri non riguardava l'attività amministrativa, ma la legislativa. Io credo di non sbagliare se vi dico che quando portassi il prof. Balladore Pallieri a considerare specificamente questo tema, ragionerebbe come me. Ad ogni modo non si tratta di mancare di coraggio da parte nostra, nè di lealtà da parte dello Stato, ve lo garantisco: si tratta di mantenersi su una linea che sia davvero seria dal punto di vista della possibilità che offre l'economia della nostra famiglia nazionale, della quale siamo parte. Ora, o ragioniamo così, o trasformiamo

il regionalismo — immaginatelo attuato in tutto lo Stato — in un campo aperto di lotta degli egoismi locali, in contrasto permanente di una Regione con l'altra. Noi daremo sempre non dico un esempio, ma una prova di uno sforzo di equità se, dopo aver presentato fedelmente tutti i nostri bisogni, ci rendiamo comunque convinti che esistono bisogni anche di altri, che vanno considerati secondo una distribuzione equa e proporzionata. Guardate, io sono personalmente convinto, scusate se dico anche questo, che il metodo, che questo metodo è forse più produttivo di quell'altro. Di quell'altro metodo che di tanto in tanto mi viene suggerito, più o meno cortesemente, di adottare una forma esterna di violenza o di maggiore decisione e così via. Perché ho visto più volte che sono riuscito a risolvere problemi che altri non hanno saputo risolvere, proprio dando la dimostrazione di questo desiderio di mantenerci equanimemente su un piano obiettivo che comprenda anche le difficoltà altrui, e noi dobbiamo comprendere anche le difficoltà del bilancio nazionale.

Disoccupazione: tema veramente fondamentale dal punto di vista umano. E' vero ed è molto doloroso che gli indici abbiano segnato un incremento; mi sono chiesto quali possono essere le cause; qualcuna l'avete vista indicata in quella pubblicazione, non è però del tutto esatta e non esaurisce il tema. Si è detto che un'incidenza notevole in questo incremento della disoccupazione l'ha avuto la progressiva riduzione dei lavori idroelettrici. Certo c'è stata una riduzione in questo settore, e c'è stata adesso una ripresa; ci sono altre cause che possono essere connesse alla situazione economica generale. In ogni caso che cosa possiamo fare noi? La nostra attività è un po' tutta un apporto di iniziative che leniscono la disoccupazione, non solo i lavori pubblici che, secondo un calcolo statistico che non è ancora del tutto rifinito, questo anno possono aver rappresentato un apporto di circa 2 milioni di giornate lavorative, il che vorrebbe dire occupazione — questi dati non ve li posso dare con sicurezza, ma sono dati che secondo me si accostano alla realtà — vorrebbe dire lavori per circa 6 mila operai per 300 giorni all'anno. E' quindi un apporto notevole. Domandate un po' quale sarebbe la situazione della disoccupazione se non fossimo presenti noi con le nostre iniziative non solo nei lavori pubblici, ma in tutti gli altri settori. Per lo meno prendiamo atto che quello che facciamo serve a questo scopo, prendiamo atto che l'apporto che diamo è positivamente apprezzabile e utile, sforziamoci di fare di più se è possibile; a questo riguardo credo che la nostra volontà sia proprio da tutti condivisa.

Edilizia popolare. E' stato detto « poco in questo bilancio e poco anche in quegli stanziamenti che fanno capo a quella legge decennale ». E' vero, abbiamo meditato questo tema e per quest'anno, in ogni caso, abbiamo detto che non vediamo di intervenire con « interventi straordinari » perchè proprio fortunatamente quest'anno ci sarà una vitalizzazione potente di attività edilizie al di là, notevolmente, di quello che non sia stato fatto negli anni scorsi. Ho i dati di quelle che sono le programmazioni: la legge Tupini, 408, i finanziamenti degli Istituti autonomi Case popolari, le assegnazioni alle cooperative, le assegnazioni sul piano Romita, l'assegnazione agli Istituti I.N.C.I.S. e la realizzazione del piano di gestione Fanfani nelle due Provincie. Vi dico che fortunatamente quest'anno noi avremo un'attività notevolissima in questo settore. Sapete quanti alloggi, se il programma potrà andare a termine, quanti alloggi potranno essere costruiti in Regione? 1673, se il piano potrà andare in attuazione. Vedete che questo vuol dire più di 2 miliardi, vuol dire quasi 4 miliardi di interventi. E' vero che qui dentro ci sono prevalentemente in questo piano finanziario gli alloggi previsti in realizzazione del piano di gestione Fanfani ed INA-Casa, nel quale piano vi sono i contributi dei prestatori di lavoro. Ed intanto dico che in ogni caso, purchè case si facciano, ben vengano anche le case fatte con i contributi dei prestatori d'opera; ma senza per nulla sottovalutare il sacrificio che i lavoratori fanno in questo campo, devo però rettificare la dichiarazione che è stata fatta e cioè che il piano venga eseguito esclusivamente con i contributi dei lavoratori. Se andate a vedere la legge vi persuadete immediatamente, per le disposizioni degli articoli 5 e 22, che il piano è finanziato dallo Stato con una determinata percentuale diluita in parecchie annualità dai lavoratori con determinate percentuali e dai datori di lavoro con percentuali che sono previste in misura doppia di quella dei lavoratori. Ho voluto rendermi conto della proporzione che intercorre fra questi interventi e dico il vero, che in base alle percentuali del testo di legge, il calcolo è difficile, ma mi sono trovato facilitato da una recentissima pubblicazione ufficiale del piano che a me è stata inviata. Ora guardate un po': il piano settennale prevede una spesa complessiva di 332 miliardi. Di questi 332 miliardi, 105 sono contributi dello Stato, 186 contributi dei lavoratori e dei datori di lavoro, 20 sono rate di riscatto, e poi ci sono i piccoli altri conferimenti che arrotondano la somma e altre sopravvenienze attive. In ogni caso quest'anno assisteremo fortunatamente, per merito anche degli interessamenti svolti e dalle nostre deputazioni e da-

gli Assessorati e dall'Assessore ai Lavori Pubblici che segue questo settore con molta assiduità, quest'anno assisteremo — spero che i programmi vadano a buon fine — a un incremento che non è solo qui, delle nostre due Provincie, ma di tutto lo Stato italiano, veramente apprezzabile e consolante. E speriamo che la cosa possa continuare e se non continuerà penseremo noi un pochino a integrare.

Il problema delle minime proprietà culturali è un problema di profondo interesse per la nostra economia, lo riconosciamo, ma naturalmente il cons. Menapace non si nasconderà che si va a toccare il diritto privato e allora nasce un tema fondamentale per quella che può essere la delimitazione della nostra competenza legislativa. La nostra legislazione può incidere nei rapporti di diritto privato o no? Lasciamolo aperto questo quesito, perchè esistono tesi, anche fra di noi, per una soluzione positiva e tesi, anche fra di noi, per una soluzione negativa. Lasciamolo aperto e non dimentichiamo che è vero che in un'organizzazione razionale del mondo economico agricolo in Provincia di Trento questo tema deve essere un giorno o l'altro risolto, perchè altrimenti ci troveremo di fronte ad un peggioramento nella già grave situazione di sminuzzamento della proprietà terriera.

Perchè non ha funzionato la legge 27-10-1950 N. 910, o perchè funziona solo ora? Quella legge non ha funzionato per la resistenza, — ve lo avevo già detto ma non posso pretendere che si ricordino tutte le dichiarazioni che si danno qui, non ricordo neppure io tutti i vostri interventi anche se li ascolto con attenzione — quella legge non ha funzionato in passato perchè gli Istituti di credito non vollero mai accettare operazioni a lungo e medio termine, e non le trovarono di convenienza; gli Istituti di credito trovano maggiore convenienza di attuare investimenti che si inseriscano in un ciclo di ricuperi molto più celere nel tempo. Però la legge ha funzionato lo stesso un po' perchè la grande maggioranza delle somme disponibili è stata utilizzata per la iniziativa dell'Avisio, un po' perchè 4 o 5 aziende hanno potuto trovare le banche disposte a fare l'operazione e sull'esempio di queste 4 o 5 aziende dobbiamo sperare che altre aziende si muovano, di modo che tutta la disponibilità venga utilizzata.

Poi un tema che ritorna in discussione tutti gli anni: l'industrializzazione. Anche qui la solita lagnanza, che questa volta viene di qua: « Sempre troppo poco in bilancio per questo settore ». Io devo ripetere: non guardate solo il bilancio, i nostri interventi, che possono avere incidenza in questo settore, sono vari, e sono in parte considerati fuori

da quello che è il bilancio dell'Assessorato. Ma anche qui devo sempre ripetere una cosa. Voi parlate di investimenti: ditemi, quali e come? che cosa dobbiamo fare? andare a dare dei soldi agli industriali? o dobbiamo noi trasformarci in industriali, creare industrie? Non possiamo! Pur essendo stato questo tema meditato e rimeditato con passione e con convinzione, noi siamo arrivati alla conclusione che l'unica cosa compatibile con i nostri fini e le nostre possibilità è creare l'autosufficienza, la disponibilità in tema di produzione di quella fondamentale materia prima che è l'energia elettrica (vedi iniziativa Avisio, ma vedi parecchie altre iniziative marginali che sono in corso di sviluppo, che rappresenteranno una notevole difesa degli interessi dell'economia idroelettrica dei nostri comuni). Inoltre: credito. Ecco l'Istituto che opera e speriamo si potenzi e operi meglio e più fluidamente e largamente per il futuro.

Richiamo di aziende: guardate, voi non lo sapete, non ve le possiamo portare qui tutte le ricerche, i contatti, le consultazioni che si fanno per vedere se è possibile ottenere che qui vengano altre organizzazioni di lavoro permanente. Non ci si riesce che con limiti molto modesti, anche se sono stati esortati i Comuni a fare qualche cosa in questo campo; ed anche se qualche comune realmente opera forse forse con una decisione che è veramente ardità. Ora la verità è questa: laddove l'industriale sano, capace, trovi le premesse per la realizzazione dei suoi programmi viene da noi, e non ci chiede nulla. Disgraziatamente vengono a chiederci interventi, salvo eccezioni, coloro le cui domande vanno esaminate con estrema cautela. Già il fatto che vengono da noi di solito indica una situazione di carenza di qualche genere e le esperienze ci dicono che dobbiamo essere molto cauti e che forse non lo siamo sempre stati, proprio anche nel desiderio, forse anche nell'entusiasmo, nell'ottimismo con cui ci orientiamo in queste cose, e forse per inesperienza. Oggi l'esperienza ci ha un po' maturati anche sotto questo aspetto. Comunque, guardate, è stato felice — secondo me — il concetto — sintesi che ha svolto a questo proposito il cons. Gelpi, il quale vede un po' tutto in una visione di sintesi portata su un piano teorico, e dice: in sostanza però constatiamo che tutto ciò che si fa può essere considerato, nella fase dei cicli economici, come una fase di preindustrializzazione. Guardate che è vero: moltiplicate le strade, moltiplicate i mezzi di comunicazione, create gli Istituti e gli strumenti, tutto questo prepara, predisporre, crea un humus sul quale le iniziative industriali difficili a radicare e svilupparsi, finiscono col mettere dimora.

Per i problemi idroelettrici è stato detto: art. 10. Ringrazio tutti coloro che sono intervenuti su questo argomento, ma mi pare che dal momento che il Consiglio ha nominato una Commissione alla quale è stato dato il compito di meditare il tema, sia corretto e conveniente attendere che questa commissione, che si è messa al lavoro, esaurisca il suo compito per ripresentare l'argomento al Consiglio. L'art. 10 è un vero rompicapo in sede di realizzazione pratica, obiettivamente parlando; e vorrei che questo tema fosse sempre presentato come un tema irto di reali difficoltà pratiche contro le quali abbiamo lottato e lottiamo; e non si giudichi il nostro atteggiamento come trascuranza o condiscendenza verso particolari settori economici. Permettetemi di dirlo e di dirlo fieramente: questa è una menzogna. Io posso dire in coscienza che a questo tema noi tutti ci dedichiamo con l'intendimento di fare di quell'articolo, nei limiti del possibile, una reale fonte di benessere, di contributo al benessere generale della nostra popolazione. Ed in ogni caso ho piacere di dirvi, e spero che la notizia non vi sia sfuggita, che la causa in Cassazione è stata vinta dalla Regione ed è un successo giudiziario, quando pensiamo con che colossi avevamo a che fare nella contestazione giuridica. Ho piacere di dirvi che quando abbiamo avuto questa notizia, quel giorno stesso siamo intervenuti presso l'avvocatura dello Stato perchè provocasse la seconda fase del giudizio nella quale ci si propone di esaminare la questione di merito e fra giorni, con una celerità procedurale che non è solita e che è dovuta appunto alla perseveranza con cui seguiamo queste contestazioni, è già convocato il Tribunale per esaminare le questioni di merito attraverso la nomina dei consulenti che devono fare la valutazione economica del quantum di energia spettanteci a sensi dell'art. 10 con decorrenza dal 1949 in poi. E' stato detto che l'Avisio non deve vendere la sua energia, ma impiegarla nelle attività produttive, ma certo! Però, caro Paris,...

PARIS (P. S. D. I.): L'ho detto!

ODORIZZI (Presidente della Giunta Regionale, D. C.): ... l'azienda sorge con una previsione di 450.000.000 di Kwh annui circa, e quindi la produzione iniziale che non potrà essere assorbita tutta, dovrà essere venduta. Naturalmente, nell'alveo delle nostre tradizioni industriali questa iniziativa — che ha rappresentato la conquista dell'autosufficienza degli enti pubblici nella produzione di questa materia prima — il primo bisogno da soddisfare è quello locale; la presenza di una disponi-

bilità ulteriore di energia, disponibile dopo soddisfatti i bisogni locali, — spero che, come è stato in passato così sia anche in futuro — sia una delle ragioni che invogliano iniziative industriali a trapiantarsi qui, soprattutto nel campo dell'industria elettrochimica che è il consumatore numero 1 della energia elettrica.

Mi è tornato di soddisfazione il constatare che questo anno il settore dei Lavori Pubblici non è stato oggetto di particolari contese, e ciò forse porta a riconoscere che su questo importante argomento le idee hanno fatto una salutare evoluzione. A parte tutte le considerazioni che non ripeto, già fatte nelle altre discussioni, sono in grado di dirvi una cosa che a me appare consolante, ed è questa: io ho dovuto rettificare le mie opinioni e le mie previsioni — ho il piacere di dirvelo —; avevo previsto che il nostro intervento nel settore dei Lavori Pubblici avrebbe segnato una curva ascendente e poi discendente. Mi sono nettamente sbagliato: la curva sarà costantemente ascendente. Ci pensa la vita, perchè si delineano, soprattutto nel settore stradale, continue esigenze nuove, metodi nuovi, necessità di riprendere taluni temi, e credete che in questo settore, che è poi un compito assolutamente inderogabile per noi, (se non fossimo noi a pensare a questi bisogni l'iniziativa privata non ci penserebbe) in questo campo è utile constatare che questa fonte di lavoro diventa permanente. La consideravamo con disfavore perchè la ritenevamo transitoria, di breve durata; oggi invece possiamo dirvi che è senz'altro una fonte permanente di lavoro e di investimenti.

Perequazioni tributarie: qui ci è stata fatta l'esortazione di occuparci di questo tema e ci è stato detto: guardate, non esimetevi da questi interventi con la argomentazione che le disposizioni di legge statutarie e le norme di attuazione in materia vi impediscono di farlo! « Fatelo lo stesso! ». Qui devo dire che ho quel mio solito concetto del necessario rispetto delle competenze dei vari organi ed uffici pubblici. Io non tollero, e non ho mai tollerato, che organi di altri uffici vengano a mettere mano in quelle che sono le attività della Regione. C'è stato una volta un caso, che forse ha fatto scuola, e che ho risolto nel volgere di poche ore. Ma altrettanto sento di dover fare io nei confronti degli organi dello Stato e sento che la Regione deve fare nei confronti degli altri organi rispettandone le competenze. O la Regione ha un potere e una competenza, ed allora bisogna agire, è un dovere ed un diritto. O non l'ha, ed allora nel rispetto delle competenze altrui, deve astenersi dall'intervenire. In ogni caso, non dico di non

tener presente questa esortazione e guarderò, nelle forme e nei modi che sono consentiti ad uno spirito di collaborazione, di intervenire anche in questo settore.

Ed ora mi avvio alla conclusione. Che cosa possiamo dire noi, Organo di esecuzione, del nostro bilancio? Possiamo dirla noi una parola, noi che siamo artefici di queste attività? La mia parola, e non credo che sia molto dissimile dalla parola che direbbe ogni altro collega di Giunta, esprime una valutazione positiva, serena e soddisfacente. Guardate, immaginate in questo momento un viaggio in qualunque vallata, cominciate dal vertice di quella vallata scendendo fino a valle: vedrete quante opere troverete in sviluppo, dai rimboschimenti, alla costruzione e creazione di magazzini, lavori pubblici, scuole, acquedotti, ecc. E' poco questo? Ma no, Signori, anche proprio per le vastissime ripercussioni economiche; pensate che nella circolazione monetaria di questo anno abbiamo immesso 5 miliardi, pensate che cosa vuol dire questo in una economia modesta come la nostra. D'altronde, mentre noi sollecitiamo realmente la critica, perchè ci costringe ad essere attivi, a cercare di fare sempre di più, non possiamo non dire, anche per consolazione nostra e del Consiglio, che fuori di qui la valutazione dell'opera nostra è senz'altro positiva. E lo è a un punto tale che io devo sempre schernirmi e dire: « Voi esagerate, non siamo assolutamente gente che fa miracoli, siamo gente che lavora modestamente, con un senso pratico, e fa quello che può, e basta ». Ma come è vero che vediamo un po' ingigantite, nella loro portata, le iniziative altrui quando guardiamo fuori di casa nostra e siamo portati ad esaltarle, ad ammirarle, guardate — lo dico a consolazione vostra — altrettanto è sicuramente della Regione Trentino - Alto Adige nel giudizio che se ne fa fuori di qui. Si è detto « questo è giudizio degli altri ». Sì, ma in un certo senso è anch'esso di conforto per l'opera nostra. E' stato detto: « Noi abbiamo notato un affievolimento negli animi, vuoi di coloro che erano i più ferventi sostenitori del regionalismo, vuoi di coloro che erano nemici del regionalismo ». E' stato detto che questo sintomatico affievolimento è un po' dovuto al minore interesse prestato dalla stampa alla nostra attività. Francamente questa sensazione non la ho. Vedrete quando tratteremo quei tali problemi di cui si è parlato a proposito della futura attività legislativa, l'interesse ci sarà, perchè allora la materia richiederà un'accentuazione di discussioni, di dibattiti. Ma ad ogni modo io non mi limiterei a trarre la valutazione da quel solo sintomo; ce ne sono molti altri ed abbiamo soprattutto dei sintomi nei contatti quotidiani col pub-

blico che sono frequentissimi e che ci autorizzano a dire che noi abbiamo fiducia, e tutti voi signori Consiglieri, prima di noi, in quella che è l'opera nostra, perchè è un'opera ritenuta concretamente utile! Comunque a questo affievolimento — se c'è — io darei un'interpretazione benigna: se i nemici della Regione sono meno nemici oggi della Regione, vuol dire che si sono persuasi che la Regione ha aspetti utili; se i fautori della Regione sono diventati più calmi e pacati può voler dire che si sono persuasi che anche per la Regione esiste una legge, la legge delle possibilità concrete, spesso più modeste delle concezioni ideali, che si formano in momenti di particolare fervore e per frutto di impulsi che poi, sottoposti al vaglio critico, hanno bisogno di una certa attenuazione. Io darei questa interpretazione benigna. In ogni caso, a nome dei colleghi, voglio assicurare il Consiglio che, approvato questo bilancio, ci rimetteremo al nostro lavoro con il massimo impegno e con il desiderio di compiere l'opera nostra, pur con i nostri errori immancabili, di compierla meno indegnamente che sia possibile. E non posso fare a meno di rivolgere un saluto ai collaboratori della Regione, ai funzionari e agli impiegati, che nella grande maggioranza svolgono il loro compito con dignità e competenza, e ai quali è dovuto senza dubbio, in buona parte, il risultato della complessa attività che noi abbiamo svolto.

(Applausi dai settori d. c.).

PRESIDENTE: Un quarto d'ora di sospensione.
(Ore 12.15).

Ore 12.45.

PRESIDENTE: La seduta riprende. La parola al dott. Menapace.

MENAPACE (Indipendente): E' mia intenzione fare una breve replica con qualche commento ad alcuni punti di risposta del signor Presidente della Giunta Regionale, toccando i problemi che avevo affrontato nell'intervento dell'altro ieri e portando anche, visto che la seconda volta ho facoltà di parlare, qualche concetto sui punti che io non ebbi a toccare nell'intervento scorso.

Riguardo all'Istituto di Credito io non avrei nulla da aggiungere per quanto riguarda l'impostazione generale del problema. Mi permetta il Presidente della Giunta Regionale di osservare che, rivolgendomi all'Assessore competente per materia, non intendevo chiedere quali fossero le ragioni per cui, in passato, la legge di cui abbiamo parlato dal 1950 non potè mai entrare in funzione,

volevo solo chiedere — e lo avevo fatto felicitandomi con lui per essere riuscito a metterla in movimento — qualche particolare tecnico sul modo con il quale questa legge è entrata in funzione, perchè le difficoltà prospettate dal Presidente della Giunta Regionale sono quelle note, e più volte indicate in questa. Assemblea; esse rendevano sterile questo utile e importante provvedimento. Perciò gradirei, se nella discussione degli articoli di bilancio l'Assessore potrà prendere la parola su questo tema, sentire come si è riusciti a giovare a quelle tre industrie nominate nella relazione con i crediti e gli apporti della legge in parola. Quanto alla mia allusione alla pedina che aveva bloccato o reso a sua volta inattuabile quanto il Ministro al Bilancio aveva proposto e affermato all'atto dell'inaugurazione dell'Istituto di credito, la mia affermazione non si riferisce alla fase della risposta data dal Comitato interministeriale del credito, risposta che venne in un secondo tempo delle operazioni che furono promosse dalla direzione stessa dell'Istituto. L'osservazione primaria però, a quanto mi diceva il direttore dell'Istituto, venne fatta proprio da un ufficio locale: s'intende che la definizione data di « piccolo funzionario » non riguarda affatto e non si riferisce alla competenza di questo funzionario periferico; però è certo che la prima fase della obiezione venne sollevata, in linea di principio, da un funzionario periferico; dopo di che il Presidente dell'Istituto di Credito fece il quesito al Comitato interministeriale del credito, il quale, a sua volta, dichiarò che non era possibile concedere dei mutui al settore alberghiero, perchè le obiezioni che erano state affacciate avevano fondamento in legge.

Mi sia anche permesso di dire, riguardo alla affermazione del Ministro del Bilancio, che, almeno dal testo che ne abbiamo avuto attraverso la stampa, egli non fece una sostituzione della parola « industria » con la parola « impresa », ma della parola « azienda » con la parola « impresa », ritenendo che nella parola « azienda » vi fosse il sospetto che tale dovesse essere solo l'industria, mentre nella parola « impresa », poteva essere compreso anche quel gruppo di aziende che figurano nella categoria del commercio, e cioè le imprese turistiche. Con questo il Ministro intendeva poter girare l'ostacolo e poter inserire le aziende turistiche che sono definite, per legge, sotto la categoria del commercio, nel beneficio dei vantaggi che sono consentiti a chi chiede ed ottiene dall'Istituto di credito determinati interventi. Non c'è che da augurarsi che le difficoltà insite in questi provvedimenti possano con altri ulteriori provvedimenti essere superate, perchè non c'è dubbio, e

lo dimostra l'intervento medesimo del Ministro e il commento che egli si preoccupò di fare, che il settore del turismo, nel nostro paese, ha una preminenza che nessuno può negare, e ha pure bisogni che sono da tutti conosciuti, mentre dispone di pochissime fonti per far fronte alle difficoltà che sono sempre più gravi, anche per la necessità di ammodernare l'attrezzatura. Detto questo per quanto riguarda l'Istituto di credito, vorrei inserire una parentesi su di un tema che non ebbi a toccare nel mio primo intervento, riguardo al personale. Nella discussione al bilancio del 1953, mi permisi di dire che, a mio giudizio, il peggiore dei concorsi offre maggiore garanzia di una nomina per chiamata, non già intendendo, in linea assoluta, che un cattivo concorso possa dare migliori risultati di una buona chiamata, questo è pacifico, ma indicando un pericolo che vedo sottolineato anche in sede centrale, da elementi stessi che provengono da diverse funzioni o mansioni statali; in essi è piuttosto vivo l'allarme per questa situazione, che essi classificano difficile, e che diventa sempre più pesante, quanto più il personale della Regione si trova ad essere numeroso, e da tempo addetto alle sue funzioni, con determinati gradi e con determinate situazioni, che potrebbero domani essere compromesse o per lo meno intaccate o diminuite, costituendo, quindi, una serie di preoccupazioni legittime nel personale stesso da un lato ed in chi dovrà regolare la situazione, dall'altro. La recente nomina di un nuovo Segretario generale della Regione potrebbe offrire al Presidente della Giunta l'occasione di avere un collaboratore eccezionale, perchè, se non erro, se le mie affermazioni sono fondate, egli fu per tre anni a capo del personale di un grande dicastero, e credo conosca la materia del personale in modo completo, per un'esperienza che non a tutti è data anche se si è percorso un lungo curriculum nelle diverse amministrazioni statali. Mi sia anche permesso di dire che l'aver affidato l'incarico del problema del personale al dott. Negri, già nostro collega nel Consiglio regionale e membro della Giunta, è stato forse un calcolo ottimistico, perchè noi ricordiamo l'Assessore agli Affari Generali come un lavoratore, ma lo ricordiamo anche, mi sia permesso di rubare una frase del collega Defant, come un affossatore emerito di problemi e disegni di legge; un lavoratore tenace, ma di tale lentezza nei risultati voluti, da far esasperare.

RAFFAELLI (P. S. I.): Lavora a scavare la fossa!

MENAPACE (Indipendente): Perciò mi sembra

che la presenza del nuovo Segretario generale possa offrire occasione di acceleramento, desiderata dalla Regione, desiderata dal personale e anche dallo Stato, perchè venga sistemata adeguatamente la posizione degli impiegati e dipendenti.

Vorrei, poi, concedermi un paio di rilievi sopra le affermazioni del Presidente della Giunta Regionale, in risposta all'on. Paris, riguardo a quella pubblica calamità che si chiama «problema della Trento - Malè». Visto che il Ministro, a suo tempo, aveva incaricato il Consiglio Regionale di esaminare il problema e di studiarlo, mi pare che, anche ammesso che non vi fosse competenza diretta, la Regione ha indubbiamente qualche titolo per interessarsi della questione, tanto più che si tratta di una questione veramente grave, malissimo avviata, come è noto, e talmente feconda di infelici sviluppi da non poter essere paragonata con nessun'altra. Sarebbe poi un elegante problema quello di vedere se, effettivamente, la Regione non abbia una competenza; allo stesso modo che la Regione ha, in forza delle norme di attuazione, competenza su determinate tranvie, per esempio su quella di Lana, data in concessione, così si potrebbe vedere se la stessa competenza non possa estendersi anche alla Trento - Malè. V'è una ragione molto fondata: la Trento - Malè, la cui società da qualche tempo pomposamente si denomina «della ferrovia Trento - Malè» non è mai stata una ferrovia, ma una tranvia e come tale è iscritta nei documenti che le autorità austriache avevano rilasciato a suo tempo, quando la linea entrò in funzione, e come tranvia (gestita dallo Stato) passò al governo italiano, prima per consegna d'armistizio, nel 1918, e poi per il Trattato di St. Germain. Gli atti non furono mai minutamente studiati, e una voltura di questi primi atti costitutivi della cosiddetta attuale ferrovia Trento - Malè, non è mai intervenuta e quindi i caratteri indicati nell'atto di concessione non sono stati modificati dalla loro primitiva natura. Cosa, del resto, perfettamente legittima e giusta, in quanto nè il tipo, nè il materiale rotabile, nè le attrezzature, nè la struttura della Trento - Malè, nè il suo percorso consentivano di chiamarla ferrovia, nemmeno 50 anni fa, dato il lunghissimo percorso che faceva sulla carreggiata stradale, come i servizi tramviari più comuni. Ed allora potrebbe qui inserirsi un'elegante discussione, che non so se valga la pena di essere fatta, ma che potrebbe portare a qualche conclusione interessante. Ma di veramente pressante c'è un particolare. Vorrei pregare il Presidente della Giunta Regionale di insistere presso la Direzione della Trento - Malè perchè non continui in quel suo malvezzo di mandare delle cartoline-precetto a deter-

minati proprietari di terreni, facendo scambiare queste cartoline per decreti del Commissario del Governo. Anche di recente c'è stata una precisazione della Direzione mandata a un giornale. La Direzione diceva che queste cartoline erano bensì state emanate, ma che tutti quei proprietari avevano assentito alla occupazione del terreno. Ciò non è per nulla vero! E' vero che alcuni proprietari male informati e forse sorpresi in buona fede, o raggirati da qualcuno, male informato a sua volta, avevano firmato la dichiarazione che permetteva che la società entrasse ad iniziare i lavori; ma parecchi altri non firmarono affatto e tuttavia ricevettero questa cartolina che si pretendeva valesse anche per loro, al posto del decreto del Commissario del Governo. Siccome questi « resistenti » fecero presente che l'atto giuridico che li obbliga alla cessione del terreno è il decreto, non desisteremo dal loro proposito finchè non ebbero il decreto del Commissario del Governo. Ma non è ammissibile, nei nostri paesi, dove si sa che cosa vale un pezzo di terra, tanto più quando essa è coltivata a frutteto o vigneto, il dire che domani mattina si comincerà a tagliare le piante, inviando un'impresa con il timbro della società, senza che siano stati emanati i regolari decreti del Commissario del Governo, come la legge prescrive. Bisogna assolutamente evitare che si ripetano queste incredibili situazioni.

E chiudo con una allusione al problema della commassazione o della ricomposizione della piccola proprietà, chiedendo che si voglia badare più che ai pareri giuridici intorno alla possibilità di interferire in materia di diritto privato (che mi sembra già superata in parte dal nostro Statuto, come dimostra la legge provinciale sul maso chiuso) alla volontà di determinate popolazioni che si rendono

conto del grave stato di cose e più ancora di ciò che avverrà in un prossimo futuro. Dico « la volontà », perchè determinati comuni hanno già fatto sapere, come è noto, ad autorità provinciali che sarebbero stati disposti a stanziare, nei limiti delle possibilità del bilancio, qualche milione per incominciare, per parte propria, quello studio preliminare che è indispensabile per presentare una mappa della situazione parcellare attuale, per dimostrare la pericolosa divisione dei terreni. Codeste amministrazioni si sono già persuase della necessità urgente di far fronte al problema della ricomposizione delle proprietà. Ora la volontà periferica è, a mio avviso, la dimostrazione e la prova più importante di quanto detto in quest'aula; è già favorevole la risposta degli ambienti interessati. Perciò, tenendo conto della volontà espressa da alcune amministrazioni comunali, bisognerebbe che, per parte nostra, il lavoro preparatorio di studi fosse accelerato, altrimenti ci troveremmo ad aggravare, anche per colpa nostra, questa situazione difficilissima, che porterà la nostra gente a un addestramento tragico, senza possibilità di collocamento del supero nelle industrie e con scarse possibilità di emigrazione. Mi pare che se l'Assessore è partito definendo un grido di allarme il suo accenno al frazionamento, dobbiamo prendere atto che veramente si tratta di un grido di allarme e che dobbiamo rispondere corrispondentemente, perchè il tempo non passi invano.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. La seduta per oggi è terminata e si comincia domani alle ore 9: si discuteranno e voteranno gli ordini del giorno.

(Ore 13.15).